

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXV
Literaturverzeichnis .....	XXXVII

## 1. Teil. Einleitung

I. Entstehung der Bestimmungen zur Vermögensabschöpfung ...	1
II. Überblick über die Einziehungsregelungen .....	9
III. Dogmatische Einordnung der Maßnahmen .....	11
IV. Obligatorische und fakultative Anordnungen .....	16
V. Systematik der Vermögensabschöpfung .....	17
VI. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	18
VII. Internationales Recht .....	20

## 2. Teil. Strafrechtliche Vermögensabschöpfungsregelungen

<b>1. Kapitel. Tatbestände und ihre Voraussetzungen .....</b>	<b>23</b>
A. Einziehung von Taterträgen beim Täter oder Tatbeteiligten (§ 73 StGB) .....	23
I. Verhältnis der Einziehung von Taterträgen zu anderen Instrumenten der Einziehung .....	23
II. Begehung einer rechtswidrigen Tat .....	25
III. Gegenstand der Einziehung nach § 73 Abs. 1 StGB .....	26
B. Erweiterte Einziehung (§ 73a StGB) .....	41
I. Sinn und Zweck der Einführung des erweiterten Verfalls (§ 73d StGB aF) .....	41
II. Die Rechtsentwicklung nach europarechtlichen Vorgaben ...	41
III. Tatbestandsvoraussetzungen der erweiterten Einziehung .....	43
IV. Verfügungsgewalt des Tatbeteiligten oder Drittempfängers ...	47
V. Anwendung der Vorschriften über die Wertersatzeinziehung (§ 73c StGB) .....	48
VI. Mehrfache Einziehungsanordnung (§ 73a Abs. 2 StGB) .....	48
VII. Härtere Regelungen bei der erweiterten Einziehung .....	48
VIII. Verjährung der Einziehung von Taterträgen und des Wertes von Taterträgen .....	49
IX. Verfahrensrechtliches .....	49
C. Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB .....	49
D. Vermögensabschöpfung bei anderen Personen als dem Täter oder Teilnehmer (Drittbegünstigte) nach § 73b StGB .....	49
I. Drittbegünstigte .....	49
II. Die Rechtsentwicklung .....	50
III. Die Voraussetzungen der Einziehung .....	51
IV. Einziehung des Wertersatzes und von Nutzungen beim Drittbegünstigten (§ 73b Abs. 2 StGB) .....	56
V. Surrogatseinziehung beim Drittbegünstigten (§ 73b Abs. 3 StGB) .....	56
VI. Ersparte Aufwendungen des Drittbegünstigten (§ 73b Abs. 3 StGB) .....	57
VII. Ausschluss der Einziehung nach § 73e Abs. 2 StGB .....	57

E. Einziehung des Wertersatzes (§ 73c StGB) .....	58
I. Funktion der Einziehung des Wertersatzes .....	58
II. Undurchführbarkeit der Einziehungsanordnung eines bestimmten Gegenstandes wegen der Beschaffenheit des Erlangten (§ 73c S. 1 Alt. 1 StGB) .....	58
III. Undurchführbarkeit der Einziehungsanordnung eines bestimmten Gegenstandes „aus einem anderen Grunde“ (§ 73c S. 1 Alt. 2 StGB) .....	59
IV. Die Anordnung der Wertersatzeinziehung gem. § 73c S. 1 Alt. 3 StGB im Fall der Abstandnahme vom Surrogatsverfall nach § 73 Abs. 3 StGB, § 73b Abs. 3 StGB .....	60
V. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Wertermittlung bei der Wertersatzeinziehung .....	61
VI. Die Anordnung der Wertersatzeinziehung gem. § 73c S. 2 StGB neben der Einziehungsanordnung nach § 73 StGB .....	63
VII. Die Anordnung der Wertersatzeinziehung gem. § 73c StGB neben der Einziehung gegenüber Dritten nach § 73b StGB .....	64
VIII. Einbeziehung von Wertersatzeinziehungen aus früheren Urteilen (§ 55 Abs. 2 StGB) .....	64
F. Berechnung des Erlangten nach §§ 73d, 73e Abs. 1 StGB .....	64
I. Sinn und Zweck .....	64
II. Bestimmung des Wertes des Erlangten nach § 73d Abs. 1 StGB .....	66
III. Schätzung nach § 73d Abs. 2 StGB .....	72
IV. Ausschluss nach § 73e StGB .....	74
<b>2. Kapitel. Besondere Arten der Einziehung</b> .....	77
A. Die nachträgliche Anordnung der Wertersatzeinziehung gem. § 76 StGB, § 462 StPO .....	77
B. Selbstständige Einziehung nach § 76a Abs. 1–3 StGB .....	77
I. Die Bedeutung des § 76a StGB .....	77
II. Die selbstständige Anordnung nach § 76a Abs. 1 StGB .....	77
III. Selbstständige Einziehung beim Absehen von Strafe nach § 76a Abs. 3 StGB .....	79
IV. Das selbstständige Einziehungsverfahren .....	79
C. Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB .....	79
I. Sinn und Zweck der erweiterten selbstständigen Einziehung .....	79
II. Rechtsnatur .....	80
III. Tatbestandsvoraussetzungen der erweiterten selbstständigen Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB .....	80
IV. Verfügungsgewalt eines Tatbeteiligten oder Drittempfängers .....	86
V. Verhältnis von §§ 73 ff. zu § 76a Abs. 4 StGB – Unmöglichkeit eines subjektiven Verfahrens .....	86
VI. Rückwirkungsverbot .....	87
VII. Mehrfache Einziehungsanordnung (§ 73a Abs. 2 StGB analog) .....	87
VIII. Berücksichtigung von Härten bei der Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB .....	87
IX. Wirkung der Einziehung (§ 76a Abs. 4 S. 2 StGB) .....	88
X. Verjährung der Einziehung nach § 76a StGB .....	88
XI. Verfahrensrechtliches .....	88

<b>3. Kapitel. Die Einziehung im Strafrecht (§§ 74 ff. StGB) und Ordnungswidrigkeitenrecht (§§ 22 ff. OWiG) als Maßnahme mit abschöpfungsähnlicher Wirkung</b> .....	88
A. Vorbemerkung .....	88
I. Rechtsnatur .....	88
II. Einziehungsentscheidung .....	90
III. Verzicht .....	92
IV. Fehlerquellen .....	92
V. Ordnungswidrigkeitenrecht .....	93
B. Die Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten (§ 74 StGB; § 22 OWiG) .....	93
I. Einziehungsobjekte .....	93
II. Vorsätzliche Straftat .....	94
III. Einziehung von Tatprodukten (§ 74 Abs. 1 Alt. 1) .....	95
IV. Einziehung von Tatmitteln (§ 74 Abs. 1 Alt. 2 StGB) .....	95
V. Einziehung von Tatobjekten (§ 74 Abs. 2 StGB) .....	99
VI. Identität des Einziehungsgegenstandes .....	101
VII. Die besonderen Einziehungsvoraussetzungen nach § 74 Abs. 3 StGB .....	102
VIII. Zusammentreffen mit der Sicherungseinziehung § 74b Abs. 1 Nr. 2 StGB .....	106
IX. Zusammentreffen mit der Einziehung von Taterträgen .....	106
X. Ermessen .....	107
XI. Konkrete Bezeichnung des Einziehungsgegenstandes .....	108
C. Die erweiterte Einziehung (§ 74a StGB, § 23 OWiG) .....	108
I. Vorbemerkung .....	108
II. Die erweiterte Einziehung nach § 74a Nr. 1 StGB .....	108
III. Die erweiterte Einziehung nach § 74a Nr. 2 StGB .....	110
D. Die Sicherungseinziehung nach § 74b Abs. 1 .....	112
I. Regelungsgehalt des § 74b Abs. 1 StGB .....	112
II. Voraussetzungen .....	112
III. Die besonderen Einziehungsvoraussetzungen nach § 74b Abs. 1 Nr. 1 StGB .....	114
IV. Die besonderen Einziehungsvoraussetzungen nach § 74b Abs. 1 Nr. 2 StGB .....	114
V. Zusammentreffen § 74b Abs. 1 Nr. 2 mit § 74a StGB .....	114
VI. Ermessen .....	114
E. Entschädigungsansprüche (§ 74b StGB) .....	115
I. Die Entschädigungsberechtigten (§ 74b Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 StGB) .....	115
II. Ausschluss der Entschädigungspflicht (§ 74b Abs. 3 S. 1 StGB) ..	116
III. Härteklausel (§ 74b Abs. 3 S. 2 StGB) .....	116
IV. Verfahrensrechtliches .....	117
F. Einziehung des Wertersatzes (§ 74c StGB, § 25 OWiG) .....	117
I. Vorbemerkung .....	117
II. Die Voraussetzungen der Wertersatzeinziehung nach § 74c Abs. 1 StGB .....	118
III. Der Wertersatz .....	121
IV. Die dingliche Belastung nach § 74c Abs. 2 StGB .....	122
V. Zahlungserleichterungen und Vollstreckung .....	122
G. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	123
I. Gesetzliche Regelung in § 74f StGB .....	123
II. Anwendung und Bedeutung .....	123

<b>4. Kapitel. Adressaten der Einziehung, sonstige Einziehungsbetroffene und Verletzte der Tat</b> .....	126
A. Tatbeteiligte .....	126
I. Einziehung beim Täter und Teilnehmer .....	126
II. Gesamtschuldnerische Haftung der Täter und Teilnehmer .....	126
III. Auswirkungen einer möglichen Einziehung auf die verfahrensrechtliche Stellung des Täters, Teilnehmers und Drittbegünstigten .....	127
B. Verletzter .....	128
I. Sinn und Zweck der Einziehung bei Individualrechten .....	128
II. Rechtsentwicklung .....	128
III. Rechtsstellung des Verletzten im Verfahren .....	131
C. Dritte, die nicht an der Tat beteiligt waren .....	135
I. Einziehung „bei anderen“ nach § 73b StGB .....	135
II. Einziehung von Tatmitteln, Tatprodukten und Tatobjekten bei einem Dritten (§§ 74 ff. StGB) .....	136
III. Verfahrensstellung des Dritteigentümers oder Rechtsinhabers am Einziehungsobjekt (§ 75 Abs. 1 Nr. 2 StGB und § 75 Abs. 2 StGB) .....	142
<b>5. Kapitel. Wirkung der strafrechtlichen Einziehung (§ 75 StGB)</b> .....	143
A. Überblick .....	143
B. Voraussetzungen des Rechtsübergangs nach § 75 Abs. 1 StGB .....	143
I. § 75 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StGB .....	143
II. § 75 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StGB .....	144
C. Der Eigentumsübergang auf den Staat .....	144
I. Staatlicher Rechtserwerb .....	144
II. Einzelfragen .....	145
III. Fallgruppen .....	145
IV. Aufgeschobener Eigentums oder Rechtserwerb des Staates (§ 75 Abs. 1 S. 2 StGB) .....	147
D. Rechte Dritter am Einziehungsgegenstand (§ 75 Abs. 2 StGB) .....	147
I. Fortbestand der Rechte Dritter (§ 75 Abs. 2 S. 1 StGB) .....	147
II. Ausnahmen (§ 75 Abs. 2 S. 2, 3 StGB) .....	148
E. Sicherung der Einziehung durch ein Veräußerungs- und Verfügungsverbot (§ 75 Abs. 3 und Abs. 4 StGB) .....	149
I. Funktion .....	149
II. Veräußerungsverbot iSd § 136 BGB .....	149
III. Gutgläubiger Erwerb .....	149
IV. Bedeutung des Erwerbs durch einen Nichttatbeteiligten .....	150
V. Ausschluss des § 91 InsO (§ 75 Abs. 4 StGB) .....	151
<b>3. Teil. Verfahrensrechtliche Maßnahmen zur Sicherung der Vermögensabschöpfung</b>	
<b>1. Kapitel. Grundlagen</b> .....	153
A. Entstehungsgeschichte .....	153
B. Zweck .....	155
C. Überblick .....	155
I. Strafprozessuale Regelungen .....	155
II. Ordnungswidrigkeitenrecht .....	157
D. Abgrenzungen .....	157
I. Beschlagnahme und Vermögensarrest .....	157

II. Verhältnis der Sicherstellungen nach §§ 111b ff. StPO zur Beschlagnahme nach § 94 StPO .....	157
III. Verhältnis der Sicherstellung zum Vermögensarrest nach AO .....	159
IV. Verhältnis der vorläufigen Maßnahmen nach §§ 111b ff. StPO zum Insolvenzverfahren .....	159
V. Verhältnis der Sicherstellungen nach §§ 111b ff. StPO zur Vermögensbeschlagnahme .....	162
VI. Verhältnis der Sicherstellung nach §§ 111b ff. StPO zur Sperrung von Konten mutmaßlicher Terroristen .....	162
<b>2. Kapitel. Maßnahmen zur Sicherung der Vermögensabschöpfung</b> .....	162
A. Beschlagnahme nach §§ 111b Abs. 1, 111c StPO .....	162
I. Anordnung der Beschlagnahme .....	162
II. Vollziehung der Beschlagnahmeanordnung .....	169
III. Aufhebung der Beschlagnahme .....	187
B. Vermögensarrest .....	189
I. Anordnung des Vermögensarrestes (§ 111e, § 111b Abs. 2 StPO aF) .....	189
II. Vollziehung der Arrestanordnung .....	197
III. Aufhebung der Anordnung/Beendigung der Sicherstellung ....	237
C. Durchsuchung (§ 111b Abs. 2 und § 111e Abs. 5 StPO) .....	238
I. Voraussetzungen .....	238
II. Anordnung der Durchsuchung .....	240
III. Durchführung der Durchsuchung .....	241
D. Bekanntmachung an die Anspruchsinhaber (§ 111l Abs. 1 StPO ....	246
I. Hinweise für den Anspruchsinhaber nach § 111l Abs. 2 und 3 StPO .....	247
II. Mitteilung an noch unbekannte Anspruchsinhaber .....	247
E. Verwaltung sichergestellter Gegenstände .....	248
I. Sinn und Zweck des § 111m StPO .....	248
II. Begriff der Verwaltung .....	248
III. Zuständigkeit .....	248
IV. Arten der Verwaltung .....	249
V. Werterhalt .....	249
VI. Rechtsbehelf .....	250
VII. Amtshaftung .....	250
F. Notveräußerung (§ 111p StPO) .....	250
I. Zweck der Norm .....	250
II. Gegenstände der Notveräußerung .....	250
III. Voraussetzungen der Notveräußerung .....	252
IV. Verfahren .....	252
V. Wirkung .....	258
VI. Rückgabe statt Notveräußerung .....	258
VII. Rechtsmittel bzw. Rechtsbehelfe im Zusammenhang mit Entscheidungen bezüglich der Notveräußerung .....	258
<b>3. Kapitel. Rückgabe beweglicher Sachen und Aussetzung der Vollziehung</b> .....	259
A. Rückgabe – beschlagnahmter – beweglicher Sachen vor Verfahrensabschluss (§ 111d Abs. 2 StPO) .....	259
I. Rückgabe gegen Erlegung des Wertes .....	259
II. Überlassung zur vorläufigen weiteren Benutzung .....	259

B. Aussetzung der Arrestvollziehung nach § 111g StPO .....	260
I. Aufhebung der Arrestvollziehung (§ 111g Abs. 1 StPO) .....	260
II. Aufhebung der Arrestvollziehung bei Notlage (§ 111g Abs. 2 StPO) .....	260
<b>4. Kapitel. Rückgabe sichergestellter Gegenstände .....</b>	<b>261</b>
A. Rechtsentwicklung .....	261
I. Das Rückgabeverfahren im früher geltenden Recht .....	261
II. Das Rückgabeverfahren nach dem Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung .....	262
B. Sinn und Zweck der Vorschriften über die Rückgabe .....	262
C. Voraussetzungen der Rückgabe .....	263
I. Gegenstand der Rückgabe .....	263
II. Entbehrlichkeit für Zwecke des Strafverfahrens .....	264
III. Offenkundigkeit der Gewahrsamsverhältnisse .....	264
IV. Fehlen von Ansprüchen Dritter (§ 111n Abs. 3 StPO) .....	265
V. Adressaten der Rückgabe .....	266
D. Verfahren .....	269
I. Zuständigkeit (§ 111o Abs. 1 StPO) .....	269
II. Anordnung der Herausgabe .....	269
III. Durchführung der Herausgabe .....	270
IV. Behandlung von Sachen bei unbekanntem oder nicht mehr zu ermittelnden Geschädigten .....	270
E. Rechtsmittel .....	271
<b>5. Kapitel. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel bei vorläufigen Sicherungsmaßnahmen nach §§ 111b ff. StPO .....</b>	<b>272</b>
A. Überblick .....	272
B. Besonderheiten im Verfahren nach §§ 111b ff. StPO .....	272
I. Rechtliches Gehör .....	272
II. Vorrang des Strafrechtswegs .....	273
III. Gerichtliche Kontrolle abgeschlossener Maßnahmen .....	273
C. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel des Betroffenen gegen die Anordnung der Beschlagnahme und des Vermögensarrestes .....	274
I. Anordnungen der Staatsanwaltschaft und der Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft .....	274
II. Entscheidungen des Gerichts .....	274
D. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen die Art und Weise der Vollstreckung .....	275
I. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen Maßnahmen der Staatsanwaltschaft .....	275
II. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen Maßnahmen des Gerichtes .....	276
E. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen sonstige Maßnahmen .....	276
I. Rechtsbehelfe gegen die Durchsuchungsanordnung .....	276
II. Rechtsmittel bzw. Rechtsbehelfe im Zusammenhang mit Entscheidungen bezüglich der Notveräußerung .....	276
III. Rechtsbehelf gegen Entscheidungen nach § 111n StPO (Herausgabe sichergestellter beweglicher Sachen) .....	278
F. Sonstige Rechtsbehelfe .....	278
I. Verfassungsbeschwerde .....	278
II. Dienstaufsichtsbeschwerde .....	278

4. Teil. Verfahren bei Einziehung (§§ 421 ff. StPO)

<b>1. Kapitel. Vorbemerkungen</b> .....	279
A. Überblick .....	279
B. Rechtsentwicklung .....	279
C. Bedeutung der §§ 424 ff. StPO .....	280
<b>2. Kapitel. Die Verfahrensbeteiligten</b> .....	280
A. Überblick .....	280
I. Einführung .....	280
II. Anwendungsbereich .....	281
III. Begriffe und Definitionen .....	282
B. Der Einziehungsbeteiligte .....	283
I. Abgrenzung des § 424 StPO von § 438 StPO .....	283
II. Voraussetzungen der Verfahrensbeteiligung .....	283
III. Umfang der Beteiligung .....	285
C. Der Nebenbetroffene .....	285
I. Voraussetzungen der Verfahrensbeteiligung .....	285
II. Grundsätzlicher Umfang der Beteiligung .....	287
III. Beschränkung der Beteiligung .....	288
D. Unterbleibende Verfahrensbeteiligung .....	288
I. Verzicht .....	288
II. Absehen wegen Unausführbarkeit .....	289
III. Absehen aus Gründen des Staatsschutzes .....	291
E. Verfahrensgang bei der Anordnung der Beteiligung .....	291
I. Verfahren .....	291
II. Anfechtbarkeit .....	293
III. Keine Hemmung des Verfahrens .....	293
F. Vertretung und Befugnisse der Nebenbeteiligten .....	294
I. Vertretung .....	294
II. Befugnisse .....	297
G. Exkurs: Entschädigungsansprüche .....	298
H. Bußgeldverfahren .....	299
<b>3. Kapitel. Das Verfahren im ersten Rechtszug</b> .....	299
A. Das vorbereitende Verfahren .....	299
I. Finanzermittlungen der Staatsanwaltschaft .....	299
II. Anhörung von möglichen Verfahrensbeteiligten im Ermittlungsverfahren .....	300
III. Verfahrensabschluss .....	301
B. Das gerichtliche Verfahren .....	303
I. Zuständigkeit des Gerichts .....	303
II. Das Zwischenverfahren .....	304
III. Terminsachricht an den Nebenbeteiligten .....	304
IV. Die Hauptverhandlung .....	307
C. Verfahrensentscheidungen .....	311
I. Einstellung nach §§ 153 ff. StPO .....	311
II. Absehen von der Einziehung .....	311
III. Formlose Einziehung .....	314
IV. Abtrennung des Verfahrens über die Einziehung .....	315
D. Die Vermögensabschöpfung im Rechtsfolgenausspruch des Urteils ..	317
I. Tenorierung .....	317
II. Urteilsgründe .....	320

E. Rechtsmittel gegen die Einziehung im Strafverfahren .....	320
I. Rechtsschutz der Einziehungsbetroffenen (Überblick) .....	320
II. Besonderheiten im Rechtsmittelverfahren bei Einziehungen ...	322
F. Bußgeldverfahren .....	326
<b>4. Kapitel. Verfahren nach Abtrennung der Einziehung .....</b>	<b>327</b>
A. Überblick .....	327
B. Zuständigkeit .....	327
C. Verfahren nach der Abtrennung .....	327
D. Zeitlicher Rahmen; Bindungswirkung .....	327
E. Beschlussverfahren .....	328
F. Urteilsverfahren .....	328
G. Rechtsmittel .....	330
<b>5. Kapitel. Einziehung durch Strafbefehl .....</b>	<b>330</b>
A. Festsetzung vermögensabschöpfender Rechtsfolgen im Strafbefehl ...	330
B. Strafbefehlsverfahren .....	330
I. Erlass .....	330
II. Zustellung .....	331
III. Hinweise .....	331
C. Verfahren nach Einspruch .....	331
I. Einspruch des Beschuldigten .....	331
II. Einspruch des Nebenbeteiligten .....	331
D. Entscheidung .....	332
<b>6. Kapitel. Selbständiges Einziehungsverfahren .....</b>	<b>333</b>
A. Die Bedeutung von § 76a StGB .....	333
I. Sinn und Zweck der Norm .....	333
II. Voraussetzungen der selbständigen Einziehungsanordnung .....	334
B. Verfahren bei der selbständigen Einziehung .....	335
I. Überblick .....	335
II. Zuständigkeit .....	336
III. Antrag auf die selbständige Anordnung der Rechtsfolge .....	336
IV. Verfahren nach Antragsingang .....	338
V. Übergang vom subjektiven zum objektiven Verfahren .....	343
VI. Entscheidung im selbständigen Verfahren (Allgemeines) .....	345
VII. Entscheidungsgrundlagen .....	345
VIII. Entscheidungstenor .....	349
IX. Rechtsmittel .....	349
X. Kosten; notwendige Auslagen .....	350
C. Bußgeldverfahren .....	350
<b>7. Kapitel. Das Nachverfahren .....</b>	<b>351</b>
A. Überblick .....	351
I. Änderungen durch die Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung .....	351
II. Sinn und Zweck des Nachverfahrens .....	351
B. Zuständigkeit .....	352
C. Antrag auf Durchführung des Nachverfahrens .....	352
I. Antragsberechtigung .....	352
II. Form .....	353
III. Antragsfrist .....	353
IV. Wirkung des Antrags .....	354
D. Verfahren .....	354
I. Zulässigkeitsprüfung .....	354

II. (Keine) Überprüfung des Schuldspruchs .....	355
III. Entscheidungsregeln .....	355
IV. Entscheidung über die Begründetheit .....	356
V. Absehen von der Einziehung .....	356
E. Entscheidungsform .....	357
F. Rechtsmittel .....	357
G. Ausschluss der Wiederaufnahme .....	358
H. Kosten .....	358
I. Bußgeldverfahren .....	358

## 5. Teil. Insolvenzverfahren

<b>1. Kapitel. Überblick</b> .....	359
A. Bedeutung der Insolvenzordnung im Strafprozess .....	359
I. Begriff der Insolvenz .....	359
II. Strafprozessuale Normen mit insolvenzrechtlichem Bezug .....	359
B. Grundlagen .....	363
I. Ziele des Insolvenzverfahrens .....	363
II. Entscheidungsträger und Beteiligte .....	363
<b>2. Kapitel. Einleitung des Insolvenzverfahrens</b> .....	367
A. Antrag .....	367
I. Antragsberechtigte .....	367
II. Zulässigkeit des Antrags .....	369
III. Rechtliches Gehör .....	370
IV. Zustellungen .....	371
V. Zurücknahme des Antrags und Erledigungserklärung .....	371
B. Vorläufige Maßnahmen des Gerichts .....	371
I. Sinn und Zweck .....	371
II. Anordnung von vorläufigen Sicherungsmaßnahmen .....	371
C. Eröffnungsgründe .....	373
I. Zahlungsunfähigkeit .....	373
II. Drohende Zahlungsunfähigkeit .....	373
III. Überschuldung .....	373
D. Feststellung der relevanten Tatsachen .....	373
E. Entscheidung über den Eröffnungsantrag .....	374
I. Ablehnung des Antrags .....	374
II. Eröffnungsbeschluss .....	374
III. Rechtsmittel .....	376
<b>3. Kapitel. Konsequenzen der Insolvenzeröffnung</b> .....	376
A. Insolvenzbeschlagnahme und Schutz der Insolvenzmasse .....	376
I. Schuldnervermögen .....	376
II. Schutz des Drittschuldners .....	377
B. Einschränkung des Verwaltungs- und Verfügungsrechts .....	377
I. Beschränkung der Verfügungsmacht .....	377
II. Beschränkung der Verwaltungsmacht des Schuldners .....	378
C. Persönliche Folgen für den Schuldner .....	378
I. Auskunft- und Mitwirkungspflichten .....	378
II. Berufsrechtliche Beschränkungen .....	380
<b>4. Kapitel. Anreicherung der Insolvenzmasse</b> .....	380
A. Behandlung schwebender Rechtsverhältnisse .....	380
I. Vertragsfreiheit und Insolvenz .....	380
II. Folgen der Insolvenz für schwebende Rechtsgeschäfte .....	381

B. Forderungseinziehung .....	382
C. Insolvenzanfechtung .....	382
I. Grundsätze .....	382
II. Allgemeine Voraussetzungen .....	382
III. Anfechtungsgründe .....	383
IV. Rechtsfolgen der Anfechtung .....	384
<b>5. Kapitel. Bereinigung der Insolvenzmasse und Befriedigung der Gläubiger .....</b>	<b>385</b>
A. Aussonderung .....	385
I. Grundsatz .....	385
II. Rechte zur Aussonderung .....	385
B. Absonderung .....	386
I. Grundsatz .....	386
II. Rechte zur Absonderung .....	386
III. Verwertung von Absonderungsgut .....	386
IV. Ersatzabsonderung .....	387
C. Befriedigung der Massegläubiger .....	387
I. Grundsätze .....	387
II. Masseschulden .....	387
D. Befriedigung der Insolvenzgläubiger .....	388
I. Anmeldung der Forderungen .....	388
II. Prüfungstermin .....	389
E. Masseverwertung .....	389
I. Unverzügliche Verwertungspflicht .....	389
II. Verwertung von Gegenständen mit Absonderungsrechten .....	389
F. Masseverteilung an die Insolvenzgläubiger .....	390
I. Verteilungsverzeichnis .....	390
II. Verteilungsarten .....	391
III. Aufhebung des Insolvenzverfahrens .....	391
IV. Nachtragsverteilung .....	392
V. Rechte der Insolvenzgläubiger nach Verfahrensaufhebung .....	392
<b>6. Teil. Strafvollstreckungs- und Entschädigungsverfahren</b>	
<b>1. Kapitel. Überblick und Grundlagen .....</b>	<b>393</b>
A. Einführung .....	393
I. Aufgaben der Strafvollstreckung .....	393
II. Rechtsgrundlagen .....	393
B. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen .....	394
I. Rechtskraft .....	394
II. Urkundliche Grundlagen der Vollstreckung .....	395
III. Vollstreckungshindernisse .....	397
C. Zuständigkeit in Vollstreckungssachen .....	398
I. Sachliche Zuständigkeit .....	398
II. Örtliche Zuständigkeit .....	398
III. Kompetenzkonflikt und Vollstreckungshilfe .....	399
IV. Rechtshilfe .....	399
V. Funktionelle Zuständigkeiten .....	399
D. Maßnahmen nach § 459g Abs. 3 StPO .....	400
I. Überblick .....	400
II. Die Maßnahmen im Einzelnen .....	401

E. Vollstreckung von Bußgeldentscheidungen wegen Ordnungswidrigkeiten .....	401
I. Bußgeldbescheid der Verwaltungsbehörde .....	401
II. Gerichtliche Bußgeldentscheidungen .....	401
<b>2. Kapitel. Vollstreckung bei eingezogenen Sachen bzw. Rechten .....</b>	<b>402</b>
A. Überblick .....	402
I. Ausgangslage .....	402
II. Anzuwendende Vorschriften .....	403
B. Wegnahme des Erlangten .....	403
I. Aufforderung zur Herausgabe und Vollstreckungsauftrag .....	403
II. Wegnahme bei Gewahrsam des Vollstreckungsschuldner .....	404
III. Vollstreckung bei Gewahrsam eines Dritten .....	405
IV. Vollstreckung bei Rechten Dritter .....	405
V. Ausschluss der Vollstreckung .....	406
VI. Unausführbarkeit .....	406
VII. Vollstreckung bei Wiederaufnahmeverfahren .....	406
VIII. Tod des Verurteilten .....	407
C. Abwicklung .....	407
I. Verwahrung und Entscheidung .....	407
II. Alternativen .....	407
<b>3. Kapitel. Vollstreckung bei Anordnung der Wertersatz einziehung .....</b>	<b>409</b>
A. Überblick .....	409
I. Rechtsgrundlagen .....	409
II. Verfahrensgang im Überblick .....	410
B. Umfang und Gang der Vollstreckung .....	411
I. Einforderung .....	411
II. Mahnung .....	411
III. Zahlungerleichterungen .....	412
C. Die Vollstreckung .....	414
I. Beitreibung .....	414
II. Zwangsmittel .....	415
III. Vollstreckungsarten .....	416
IV. Insolvenzantrag .....	417
D. Ausschluss der Vollstreckung .....	417
E. Unterbleiben der Vollstreckung .....	417
I. Erwartete Erfolglosigkeit .....	417
II. Unterbleiben der Vollstreckung wegen Unverhältnismäßigkeit ..	418
F. Wiederaufnahme der Vollstreckung .....	419
<b>4. Kapitel. Entschädigungsverfahren .....</b>	<b>420</b>
A. Überblick und Normzweck .....	420
B. Entschädigung bei Einziehung des Tatertrages .....	421
I. Vorläufige Sicherung .....	421
II. Insolvenz des Täters oder Einziehungsbeteiligten .....	421
III. Zivilrechtlicher Titel .....	422
IV. Rückgabe des Erlangten an den Verletzten .....	422
V. Rechte des Einziehungsbetroffenen .....	423
VI. Auffangerwerb des Staates .....	424
C. Entschädigung bei Einziehung des Wertersatzes .....	424
I. Vorläufige Sicherung .....	424
II. Insolvenz des Täters oder Einziehungsbeteiligten .....	424
III. Zivilrechtlicher Titel .....	424
IV. Auskehrung des Verwertungserlöses .....	425

V. Alternativen der Auskehrung des Verwertungserlöses .....	425
VI. Auskehrung an den Verurteilten .....	427
VII. Auffangerwerb des Staates .....	427
D. Entschädigungsverfahren bei Rückübertragung des Erlangten .....	427
I. Mitteilung an den Tatverletzten .....	427
II. Anmeldung der Ansprüche des Verletzten .....	428
III. Anhörung des Betroffenen (Verurteilten) .....	428
IV. Prüfung und Entscheidung der Vollstreckungsbehörde .....	429
V. Rückgabe oder Rückübertragung des Eigentums .....	429
E. Entschädigungsverfahren bei Einziehung des Wertes des Tatertrages ..	430
I. Mitteilung .....	430
II. Anmeldung .....	430
III. Anhörung des Betroffenen (Verurteilten/ Einziehungsbetroffenen) .....	431
IV. Prüfung und Entscheidung über die Ansprüche auf Auskehrung des Verwertungserlöses .....	432
<b>5. Kapitel. Strafvollstreckungsrechtliche Rechtsbehelfe und Rechtsmittel</b>	<b>433</b>
A. Rechtsgrundlagen der StPO und der StVollstrO .....	433
B. Rechtsgrundlagen der ZPO gem. § 6 Abs. 1 Nr. 1 JBeitrG .....	434
I. Anfechtungsmöglichkeiten nach der ZPO .....	434
II. Rechtsweg bei Einwendungen entsprechend den ZPO- Vorschriften .....	434
C. Einwendungen gegen vollstreckungsrechtliche Entscheidungen (§§ 458, 459o StPO) .....	435
I. Einwendungen gegen die Strafvollstreckung (§ 458 StPO) .....	435
II. Einwendungen gegen Entscheidungen der Vollstreckungsbehörde (§ 459o StPO) .....	437
III. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel der ZPO .....	443
D. Verfahren bei Einwendungen .....	446
I. Zuständigkeit .....	446
II. Anfechtungsgegenstand .....	447
III. Antragsbefugnis .....	447
IV. Form und Frist .....	448
V. Anhörungspflicht .....	448
VI. Beschlussverfahren .....	449
VII. Vollstreckungshemmung und -aufschub .....	449
VIII. Rechtsmittel .....	449
IX. Wiederaufnahmeverfahren .....	450
E. Sonstige Rechtsbehelfe .....	450
I. Verfahren nach § 23 EGGVG iVm § 21 StVollstrO .....	450
II. Gegenvorstellung und Dienstaufsichtsbeschwerde .....	453
III. Verfassungsbeschwerde .....	454
 <b>7. Teil. Vermögensabschöpfung nach dem OWiG</b>	
<b>1. Kapitel. Tatbestände und ihre Voraussetzungen</b> .....	<b>455</b>
A. Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils durch die Geldbuße (§ 17 Abs. 4 OWiG) .....	455
I. Begehung einer Ordnungswidrigkeit (§ 1 OWiG) .....	455
II. Wirtschaftlicher Vorteil .....	456
B. Einziehungsanordnung bei Nichtfestsetzung einer Geldbuße gegen den Täter (§ 29a Abs. 1 OWiG) .....	462
I. Anknüpfungstat .....	463

II. Nichtfestsetzung einer Geldbuße .....	463
III. Der Einziehungsgegenstand: Das erlangte Etwas .....	464
IV. Verknüpfung des Vorteils mit der Tat .....	467
V. Verfahrensfragen .....	467
C. Einziehungsanordnung nach § 29a Abs. 2 OWiG .....	469
D. Vermögensabschöpfung durch Geldbuße gegenüber juristischen Personen und Personenvereinigungen (§ 30 Abs. 3 OWiG) .....	470
I. Der mögliche Täterkreis nach § 30 Abs. 1 OWiG .....	470
II. Die Bezugshandlung .....	474
III. Wirtschaftlicher Vorteil und die Befugnis zur Schätzung .....	476
IV. Verfahrensfragen .....	477
E. Die Mehrerlösabführung nach §§ 8, 10 Abs. 2 WiStG .....	483
I. Verfolgbare Zuwiderhandlungen nach § 8 Abs. 1 S. 1 WiStG ..	484
II. Die Anordnung nach § 8 Abs. 1 S. 2 WiStG .....	484
III. Die selbstständige Mehrerlösabführung nach § 10 Abs. 2 WiStG	485
IV. Der Begriff des Mehrerlöses nach § 8 Abs. 1 WiStG .....	486
V. Die Befugnis zur Schätzung des Mehrerlöses .....	487
<b>2. Kapitel. Adressaten der Vermögensabschöpfung im Ordnungswidrigkeitenrecht .....</b>	<b>488</b>
A. Beteiligte .....	488
I. Täter und Teilnehmer (§§ 17 Abs. 4, 29a Abs. 1 OWiG, § 8 Abs. 1 WiStG) .....	488
II. Juristische Personen und Personenvereinigungen bei der Verbandsgeldbuße (§ 30 OWiG) .....	490
B. Nichtbeteiligte .....	493
I. Mehrerlösabführung nach § 10 Abs. 2 WiStG .....	493
II. Einziehungsanordnung nach § 29a Abs. 2 OWiG gegen einen Dritten .....	494
<b>3. Kapitel. Die Entscheidung über die Vermögensabschöpfung im Bußgeldverfahren .....</b>	<b>498</b>
A. Konkurrenzen .....	498
I. Die Konkurrenzen der Vermögensabschöpfungsregelungen untereinander .....	498
II. Die Konkurrenzen der Vermögensabschöpfungsregelungen zur Einziehung und Wertersatzeinziehung im Ordnungswidrigkeitenrecht .....	500
B. Bestimmung des Umfangs der Vermögensabschöpfung im Bußgeldbescheid .....	502
I. § 17 Abs. 4 OWiG .....	502
II. Die Höhe der Einziehung bei § 29a Abs. 1 OWiG .....	503
III. §§ 8 Abs. 1, 10 Abs. 2 WiStG .....	504
<b>4. Kapitel. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel im Bußgeldverfahren .....</b>	<b>506</b>
A. Schutz des Betroffenen .....	506
B. Schutz des nicht beteiligten Dritten .....	507
 <b>8. Teil. Die Vermögensabschöpfung im System der Regelungen zur Bekämpfung der Geldwäsche</b>	
<b>1. Kapitel. Internationale Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche (Überblick) .....</b>	<b>509</b>
A. UNO-Einheitsübereinkommen über Suchtstoffe vom 30.3.1961 ....	509
B. UNO-Konvention über psychotrope Substanzen vom 21.2.1971 ....	509

C. Grundsatzerklärung des Basler Ausschusses für Bankenbestimmungen und -überwachung vom 12.12.1988 .....	509
D. Wiener Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen vom 20.12.1988 .....	509
E. Gründung der Financial Action Task Force (FATF) – Weltwirtschaftsgipfel in Paris im Juni 1989 .....	511
F. Initiative internationaler Großbanken zur Bekämpfung der Geldwäsche (Wolfsberg Working Group) .....	512
G. UNO-Konventionen zur Grenzüberschreitenden Organisierten Kriminalität (UNTOC) .....	512
H. UNO-Konvention zur Verhinderung der Finanzierung des Terrorismus .....	512
<b>2. Kapitel. Maßnahmen in Europa (Überblick) .....</b>	<b>512</b>
A. Übereinkommen des Europarates über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten vom 8.11.1990 .....	512
B. EG-Richtlinie 91/308/EWG zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche vom 10.6.1991 (Erste Geldwäscherichtlinie) .....	513
C. Protokoll zum Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vom 16.10.2001 .....	513
D. EG-Richtlinie 2001/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.12.2001 zur Änderung der europäischen Anti-Geldwäsche-Richtlinie 91/308 EWG (Zweite Geldwäscherichtlinie) .	513
E. Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates vom 22.7.2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union .....	513
F. Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates über die Vollstreckung von Einziehungsentscheidungen in der Europäischen Union .....	514
G. Rahmenbeschluss 2005/212/JI des Rates vom 24.2.2005 über die Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten .....	514
H. EG-Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.10.2005 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (Dritte Geldwäscherichtlinie) .....	514
I. EG-Richtlinie 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.5.2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (Vierte Geldwäscherichtlinie) .....	514
J. EG-Richtlinie 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.5.2018 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Richtlinien 2009/138/EG und 2013/36/EU (Fünfte Geldwäscherichtlinie) .....	514
K. CARIN (Camden assets recovery initiative network) .....	515

<b>3. Kapitel. Gesetzliche Regelung zur Geldwäschebekämpfung und Verbesserung der Vermögensabschöpfung in Deutschland</b> . . .	515
A. Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG) vom 15.7.1992 (BGBl. 1992 I 1302 ff.) . . . . .	515
B. Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG) vom 25.10.1993 (BGBl. 1993 I 1770 ff.)	515
C. Verbrechensbekämpfungsgesetz (VBG) vom 28.10.1994 (BGBl. 1994 I 3106 ff.) . . . . .	515
D. Begleitgesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie zur Harmonisierung bank- und wertpapieraufsichtsrechtlicher Vorschriften vom 22.10.1997 (BGBl. 1997 I 2567 ff.) . . . . .	516
E. Begleitgesetz zum Telekommunikationsgesetz vom 17.12.1997 (BGBl. 1997 I 3108 ff.) . . . . .	516
F. Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität vom 4.5.1998 (BGBl. 1998 I 845 ff.) . . . . .	516
G. Gesetz zur Bekämpfung von Steuerverkürzungen bei der Umsatzsteuer und zur Änderung anderer Steuergesetze (Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz) vom 19.12.2001 (BGBl. 2001 I 3922 ff.) . . . . .	516
H. Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 1.1.2002 (BGBl. 2002 I 361 ff.)	516
I. Viertes Finanzmarktförderungsgesetz . . . . .	517
J. Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Geldwäsche und der Bekämpfung des Terrorismus (Geldwäschebekämpfungsgesetz) . . . . .	517
K. Gesetz zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche vom 9.3.2021 . . . . .	517
<b>4. Kapitel. Strafvorschriften</b> . . . . .	518
A. Strafbarkeit der Geldwäsche (§ 261 StGB) . . . . .	518
I. Allgemeines . . . . .	518
II. Das Rechtsgut des § 261 StGB . . . . .	519
III. Das Tatobjekt . . . . .	520
IV. Die Tathandlungen . . . . .	526
V. Täterschaft und Teilnahme . . . . .	534
VI. Der subjektive Tatbestand . . . . .	535
VII. Die Versuchsstrafbarkeit . . . . .	538
VIII. Die Rechtsfolgen . . . . .	538
IX. Konkurrenzen . . . . .	543
B. Sonstige Strafvorschriften . . . . .	543
I. Hehlerei (§ 259 StGB) . . . . .	543
II. Strafvereitelung (§ 258 StGB) . . . . .	544
III. Begünstigung (§ 257 StGB) . . . . .	544
IV. Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129 StGB) . . . . .	544
V. Betäubungsmittelhandel (§ 29 Abs. 1 BtMG) . . . . .	544
VI. Teilnahme an der Vortat (§ 27 StGB) . . . . .	545
VII. Steuerhinterziehung (§ 370 AO) . . . . .	545
<b>9. Teil. Vermögensabschöpfung im internationalen Recht</b>	
<b>1. Kapitel. Allgemeine Grundsätze</b> . . . . .	547
A. Gegenstand . . . . .	547
B. Grundlagen . . . . .	547
C. Bewilligung . . . . .	547

<b>2. Kapitel. Rechtsgrundlagen</b> .....	547
A. Überblick .....	547
B. Richtlinien .....	548
<b>3. Kapitel. Das Übereinkommen über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (EuGeldwäscheÜbk)</b> .....	548
<b>4. Kapitel. Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen</b> .....	548
A. Überblick .....	548
B. Vollstreckung ausländischer Anordnungen über Einziehung .....	549
C. Vorläufige Maßnahmen nach dem IRG .....	549
I. Sicherung einer späteren Anordnung der Einziehung .....	549
II. Beschlagnahme von Gegenständen vor Eingang eines ausländischen Ersuchens .....	549
III. Herausgabe von Beweismitteln oder Beutestücken an einen ausländischen Staat .....	550
IV. Zuständigkeiten .....	550
V. „asset sharing“ .....	550

## Anhang

<b>A. Rechtsvorschriften</b> .....	551
I. Nationales Recht .....	551
A I. 1. Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG) .....	551
A I. 2. Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GWG) .....	556
A I. 3. Gesetz über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG) .....	558
A I. 4. Justizbeitreibungsgesetz (JBeitrG) .....	571
A I. 5. Einforderungs- und Beitreibungsanordnung .....	574
A I. 6. Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) .....	579
II. Internationales Recht .....	580
A II. 1. Übereinkommen des Europarats über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten und über die Finanzierung des Terrorismus .....	580
A II. 2. Rahmenbeschluss 2001/500/JI des Rates .....	603
A II. 3. Protokoll .....	603
A II. 4. Rahmenbeschluss 2005/212/JI des Rates .....	603
A II. 5. Rahmenbeschluss 2007/845/JI des Rates .....	603
A II. 6. Richtlinie 2014/42/EU des Europäischen Parlaments und des Rates .....	603
A II. 7. Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates .....	603
A II. 8. Richtlinie (EU) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates .....	603
A II. 9. Richtlinie (EU) 2018/1673 des Europäischen Parlaments und des Rates .....	603
A II. 10. Verordnung (EU) 2018/1805 des Europäischen Parlaments und des Rates .....	604
A II. 11. Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen .....	604
A II. 12. Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität .....	604

<b>B. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts</b> .....	605
<b>C. Formularbeispiele</b> .....	606
I. Überblick .....	606
II. Formulare .....	606
1. Einziehung gemäß § 73 Abs. 1 StGB .....	606
2. Eintragungsersuchen eines Beschlagnahmevermerks .....	608
3. Beschlagnahmebeschluss Einziehung gemäß § 73a StGB .....	609
4. Beschlagnahmebeschluss Einziehung gemäß § 74 StGB .....	610
5. Beschlagnahmebeschluss Einziehung gemäß § 74a StGB .....	611
6. Beschlagnahme- und Pfändungsbeschluss (Einziehung gemäß § 73 StGB) .....	612
7. Vermögensarrest .....	614
8. Pfändungsbeschluss .....	615
9. Eintragung einer Arresthypothek .....	616
Sachverzeichnis .....	617